

Riefaer Tageblatt



Druckanstalt
Tageblatt Riefa.
Hermann Str. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postkonton:
Dresden 1580.
Strotasse:
Riefa Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Meßen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 128.

Mittwoch, 4. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Vermittelter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Nachträgliche Anzeigenerhöhungen, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Die Regierung spart.

Es stellt sich heraus, daß die ersten Angaben über die Spargesetze der Regierung nicht ganz zutreffend waren. Inzwischen hat die Regierung in einer ersten Sitzung die Vorlagen des Reichsfinanzministers überpruft. Auch sie fand noch kein abgeschlossenes Programm vor. Es zeigt sich vielmehr, daß im Reichsfinanzministerium noch die Ausarbeitung weiterer Vorlagen erfolgt, die zunächst freilich noch nicht in Betracht kommen, aber doch in Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen gebracht werden müssen. Grundätzlich ist festzustellen, daß die lange erörterte Ausgabenbeschränkung nicht erreicht ist, sondern daß es sich bei allen Verhandlungen nur um Einzelerscheinungen handelt, die später in das Ausgabenbeschränkungsgeß eingearbeitet werden müssen. Kolbenhauer sah die Verpflichtung, den neuen Ausgabenforderungen Einsparungen gegenüber stellen zu können, auch um die Parteien zu versöhnen. Die Regierung hat, wie wir hören, keine Bedenken, die Besetzung des Ministeriums für die besten Gebiete und der nachgeordneten Verwaltungsbefehdungen zu beschließen. Doch wird sich die Besetzung dieses Ministeriums vor dem Herbst nicht durchführen lassen. Zu diesem Zeitpunkt war die Aufhebung an sich vorgesehen, so daß eine neue Anregung nicht vorliegen kann. Die Auflösung des Reichsausgleichsamtes ist lange schon erörtert. Diese Vorlage konnte deshalb auch nicht als neuen Gedanken angesehen werden, ebenso wenig wie die lange schon verlangte Besetzung der Reichsgefandtschaft in München. Die Regierung mußte hier alle Forderungen erkennen, denen sie ohne weiteres Zustimmung geben konnte. Ueber die Besetzung einer Reihe von Landesfinanzämtern, Finanzämtern und Hauptzollämtern, über die Reichsverwaltungsverwaltung und die Oberpostdirektion und die Abteilung des Reichspostministeriums in München, war eine Einigung nicht ohne weiteres zu erzielen. Die größten Gegenstände ergaben sich aber bei der Erörterung über die Verminderung der Personalausgaben. Wenn auch innerhalb der Regierung die Ansichten übereinstimmen, daß der Beamtenkörper eingeschränkt werden muß, daß die Altersgrenze heraufgesetzt werden kann, die Pensionen gekürzt werden müssen, so laufen hier doch bereits parteipolitische Bindungen mit den Beamtenorganisationen, die die Entscheidung erschweren.

Die Beratungen der Regierung werden sich daher noch länger hinziehen und so bald zu keinem abschließenden Ergebnis kommen. Aus den eben angeführten Gründen aber ergibt sich bereits, daß die zunächst gemeldeten sechs Spargesetze ein anderes Gesicht haben. Einmal handelt es sich nicht um sechs Gesetze, sondern nur um vier. Diese vier indessen bringen nichts Neues und durchaus nicht große Einsparungen. Das wesentliche ist das gleichzeitige Sparprogramm, das aber, wie gesagt, hart umkämpft wird. Erst wenn über diesen Fragenkomplex Beschlüsse vorliegen, kann das Sparprogramm des Reichsfinanzministers herbeigeführt werden. Es wird den Mittelpunkt des gesonderten und verhandelten Ausgabenbeschränkungsgeß bilden. Jetzt aber ist bereits bekannt, daß der Reichsfinanzminister in der Hauptsache Kürzungen beim Sozialetat in Aussicht genommen hat. Es wäre verfrüht, heute bereits auf seine Einzelvorschlüge einzugehen, zumal sie vom Reichsfinanzminister noch gar nicht geprüft sind. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bestehen die ersten Beschränkungen, dem Reichsfinanzminister zu folgen, denn die Verantwortung, die die Parteien, besonders Zentrum und Demokraten auf sich nehmen würden, wäre zu groß. Gelingt es innerhalb der Regierung, über die ersten Vorschläge und Vorlagen Kolbenhauers einen Beschluß herbeizuführen, so haben noch die Parteien zu sprechen, die durchaus nicht beflücht von den Spargesetzen sind.

Reichskabinett und Arbeitslosenversicherung.

Einigung über die Deckungsvorschläge.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Reichsanzlers sehr eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Das Kabinett billigte grundsätzlich die vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagenen Abänderungsbestimmungen, deren definitive redaktionelle Festlegung am kommenden Donnerstag erfolgen soll.

Das Reichskabinett wurde sich dann über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushalt einig. Den Ressorts wurde aufgegeben, die detaillierte gesetzgeberische Ausarbeitung der Beschlüsse des Kabinetts für die abschließende Kabinettsitzung am Donnerstag vorzulegen.

Zur Nachsitzung des Reichskabinetts.

Berlin. Zu der Nachsitzung des Reichskabinetts vermag die „D.S.“ ergänzend zu berichten, daß sich das Kabinett zunächst neben anderen laufenden Angelegenheiten mit der Vorbereitung der Befreiungsfeier aus Anlaß der Münchener der besetzten Gebiete beschäftigt habe. Die Leitung dieser Feier sollte Reichsminister von Gußard übernehmen. — Der „Börsen-Courier“ weist darauf hin, daß ursprünglich Reichspräsident von Hindenburg, wie bei besonders wichtigen Anlässen üblich, den Vorsitz haben wollen, daß er aber nach einem Vortrag des Reichsanzlers Brüning darauf verzichtete.

Die neuen Botschafter in London und Rom.

(Berlin. Ueber die Persönlichkeiten der zu Botschaftern in Rom und London ernannten Diplomaten und des neuen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt erfahren wir:

Botschafter Konstantin Freiherr von Neurath, der gestern zum Botschafter in London ernannt wurde, ist am 2. Februar 1878 in Klein-Glattbach (Württemberg) geboren. Aus dem württembergischen Justizdienst hervorgegangen, wurde er im Jahre 1901 in den Auswärtigen Dienst einberufen und nach Beschäftigung im Auswärtigen Amt im Jahre 1908 dem Generalkonsulat in London als Vizekonsul zugeteilt. 1908 wurde er in das Auswärtige Amt zurückberufen, wo er zum händigen Hilfsarbeiter ernannt wurde und 1909 den Charakter als Legationsrat erhielt. 1914 erfolgte seine Ernennung zum Ersten Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel und 1919 zum Gefandten in Kopenhagen. Seit 1922 vertritt er das Reich als Botschafter bei der italienischen Regierung in Rom.

Staatssekretär Dr. Carl von Schubert, der gestern zum Botschafter bei der italienischen Regierung in Rom ernannt wurde, ist am 15. Oktober 1882 in Berlin geboren. Er ist aus dem preussischen Justizdienst hervorgegangen. 1908 wurde er in den Auswärtigen Dienst einberufen und der Botschaft in Washington zugeteilt. 1908 wurde er kommissarisch in das Auswärtige Amt einberufen und 1909 zum Legationssekretär ernannt. Nachdem er von 1910 bis Anfang 1912 als Zweiter Sekretär bei der Gesandtschaft in Brüssel tätig gewesen war, wurde er 1912 zum Legations-

sekretär bei der Gesandtschaft in Lissabon und im Oktober 1912 zum Zweiten Sekretär bei der Botschaft in London ernannt. 1915 wurde er kommissarisch der Gesandtschaft in Bern zugeteilt, 1917 zum Legationsrat und 1920 zum Wirklichen Legationsrat und Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt ernannt. Im gleichen Jahre wurde er der diplomatischen Vertretung in London mit der Amtsbesetzung Weimer Legationsrat zugeteilt. 1921 erfolgte seine Ernennung zum Ministerialdirektor und Ende 1924 zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard Wilhelm von Bülow, ist am 19. Juni 1885 in Potsdam geboren. Auch er ist aus dem preussischen Justizdienst hervorgegangen. Am 1. Oktober 1912 wurde er als Attaché in das Auswärtige Amt einberufen und der Botschaft in Washington zugeteilt. Nachdem er von Ende April 1918 ab im Auswärtigen Amt tätig war, leitete er vom August 1914 ab Geeresdienst, wurde im November 1915 der Botschaft in Konstantinopel und im Mai 1918 der Gesandtschaft in Athen als Legationssekretär zugeteilt. Seit Dezember 1918 im Auswärtigen Amt tätig, wurde ihm im Januar 1919 die erbetene Entlassung erteilt. Im Jahre 1923 wurde er wieder in das Auswärtige Amt einberufen und mit der Leitung des Referats für Völkerverbindungsangelegenheiten beauftragt. Im Oktober 1924 erfolgte seine Ernennung zum Vortragenden Legationsrat und im September 1925 erhielt er die Befugnisse eines Direktors.

Dr. Dernburg über die Wirtschaftslage Deutschlands.

(Genf. Auf der vom Weltverband der Völkerverbindungsvereine veranstalteten Wirtschaftskonferenz, die gestern unter dem Vorsitz des französischen Ministers de Troquer begonnen hat und auf der Deutschland durch die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders und Dr. Dernburg vertreten ist, sprach Dr. Dernburg über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere über die von der deutschen Regierung zum Schutze der deutschen Landwirtschaft eingeleiteten Maßnahmen.

Der Redner betonte die Notwendigkeit eines Abbaus der Zolltarifen und erklärte, daß entgegen den protektionistischen Strömungen in anderen Ländern Deutschland vor wenigen Jahren eine Senkung der Zölle vorgenommen habe, bis die katastrophale Lage der Landwirtschaft die deutsche Regierung gezwungen habe, zeitlich begrenzte und auf eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion hinzielende Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft zu ergreifen. Die deutsche Landwirtschaft sei dem sicheren Ruin preisgegeben, wenn jetzt nicht die Krise, in der sie sich schon seit Jahren befinde, durch wirksame Maßnahmen beseitigt werde. Deutschland befinde sich mit seinen enormen Auslandsverpflichtungen gegenüber den anderen Ländern in einer besonderen Lage, und das Ausland müsse es in seinen Anstrengungen, aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, unterstützen. Das gelte namentlich von den Ländern, die von Deutschland Reparationszahlungen beanspruchten. Die gegen Deutschland sich auswirkenden handelspolitischen

Maßnahmen seien mit den reparationspolitischen Verpflichtungen Deutschlands unvereinbar. Die deutsche Regierung habe peinlich die bestehenden Handelsverträge respektiert, obwohl ihr für ihre Wirtschaftspolitik durch diese Verträge schwere Beschränkungen angelegt seien. Die Erleichterungen, die der deutschen Ausfuhr in diesen Handelsverträgen eingeschrieben worden seien, würden z. T. illusorisch gemacht durch einen indirekten Protektionismus, der in Form von administrativen Maßnahmen den deutschen Außenhandel belaste.

Bezugnehmend auf das Memorandum Brlands bezeichnete Dr. Dernburg die Beseitigung der Schwierigkeiten im internationalen Wirtschaftsverkehr als ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens, der allerdings in erster Linie durch die Ausbesserung der militärischen Rüstungen bedroht sei. Die wirtschaftliche Befriedung würde leichter erfolgen, wenn dem unaufhörlichen Waffengerassel ein Ende gemacht würde. Es sei Aufgabe des Völkerverbandes und der verwandten Organisationen, in diesem Sinne unausgesetzt zu wirken.

Frau Dr. Lüders wies auf den schmerzlichen Gegenstand hin, der zwischen der Erkenntnis der wirtschaftlichen Verarmung Europas und den Maßnahmen zu ihrer Hebung besteht. Von Jahr zu Jahr würden die Gegensätze zwischen den nationalen Wirtschaftspolitiken und der international empfohlenen Wirtschaftspolitik immer größer und am Ende der weltwirtschaftlichen Sadasse launere der politische Konflikt.

Die Einigungsbestrebungen der Mitte.

Der völkerverbindende Führer Dr. Scholz hatte vor einiger Zeit der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß seine Bestrebungen, eine Einigung der Mittelparteien herbeizuführen, fehlerlos seien und zwar wegen des Widerstandes der Demokraten und der Völkerverbindungen. Dr. Scholz hat jetzt auf einer Verammlung in München mitgeteilt, daß er an diesem Ziele weiterarbeiten werde und daß die Volkspartei noch wie vor bereit sei, einer neuen Entwicklung im bürgerlichen Lager die Selbständigkeit der eigenen Partei zu opfern, vorausgesetzt, daß auch die anderen Gruppen nicht vor diesem entscheidenden Schritt zurückzucken würden. In politischen Kreisen hat es Aufsehen erregt, daß Dr. Scholz sich dabei auf die Billigung des Reichsanzlers gegenüber seinen Bestrebungen bezog, da sie nicht eine Spitze gegen das Zentrum enthielten. Scholz fügte hinzu, daß der günstige Augenblick, einen Block gegen die Sozialdemokratie zu bilden, nicht ungenutzt vorübergehen dürfe. Daraus zieht die sozialdemokratische Presse die Folgerung, daß der Bürgerblockcharakter des gegenwärtigen Kabinetts nicht mehr bestritten werden könne. Ein politisches Komplott zwischen Scholz und Brüning sei gegen die Sozialdemokratie im Gange. Scholz sei der alte Vorkämpfer des Bürgerblocks und der Eingetretener einer Sammlung gegen die Sozialdemokratie, und Brüning habe sich als Schutzpatron dieser Aktion gebrauchen lassen. Es ist damit zu rechnen, daß die Atmosphäre zwischen der Sozialdemokratie einerseits dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei andererseits hierdurch etwas gespannter wird. Allerdings betont man in völkerverbindenden Kreisen, daß eine Blockbildung gegen die Sozialdemokratie durchaus nicht den Charakter des Bürgerblocks zu tragen brauche, da es ein dringendes politisches Erfordernis sei, eine Vereinigung der mittel-

parteilichen Kräfte herbeizuführen, die gegenwärtig in ihrer Zersplitterung mehr und mehr zur politischen Einflußlosigkeit verurteilt zu werden drohen.

Für die nächste Zukunft ist mit einer sachlichen Förderung dieser Bestrebungen wohl kaum zu rechnen, es sei denn, daß die innenpolitische Entwicklung die Parteien der Mitte alsbald vor grundsätzliche Entscheidungen stellt. Die weitere Bekämpfung der deutschen Parteipolitik hängt in hervorragendem Maße auch von den Entschlüssen des Kabinetts ab, das dem Reichstag noch im Juni ein ganzes Bündel unaufschiebbarer Reformgesetze vorzulegen gedenkt. Auch darf man die Möglichkeit von Reichstagsneuwahlen im Herbst in diesem Zusammenhang nicht aus dem Auge verlieren.

Die Sitzung der wirtschaftlichen Spitzenverbände vertagt.

Berlin. Die gemeinsame Sitzung der Verwaltungsorgane des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat sich, wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, bis in die Nachmittagsstunden hingezogen und wurde alsdann, ohne zu Beschlüssen zu kommen, vertagt. Gegenstand der Erörterungen war in erster Linie die Frage, wie man zu einer wirksamen Entlastung des Haushaltes kommen könne. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß wir durch Ermäßigung aller Produktionsfaktoren zu einem Preisabbau kommen müssen. Es dürften Vorkämpfer im Wanne sein, angefaßt der allgemeinen Notlage zu einer Verständigung mit den anderen Faktoren der Wirtschaft zu kommen.